

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Borgmann, Lange, Dr. Schierholz, Vogt (Kaiserslautern)
und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Großen Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/2378 —

Militarisierung des Weltraums

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Stationierung von weltraumgestützten Raketenabwehrsystemen, Anti-Satellitenwaffen, Navigationssatelliten zur direkten und zielgenauen Lenkung von waffentragenden Flugkörpern (NAVSTAR) stellen in Verbindung mit strategischen Konzepten vom führbaren und gewinnbaren Atomkrieg eine Bedrohung für die strategische Stabilität dar und erhöhen daher das Risiko eines Atomkrieges in international zugespitzten politischen Krisensituationen.

Schon ihre Erforschung, Entwicklung und Tests, aber erst recht ihre Stationierung wäre ohne schwerwiegende Verstöße gegen bestehende Rüstungskontrollabkommen wie den ABM-Vertrag und den Weltraumvertrag nicht durchführbar. Einzelne Systeme, wie beispielsweise der vorgesehene nukleargepumpte Röntgenlaser, verstoßen überdies auch noch gegen das teilweise Atomteststop-Abkommen. Auf unabsehbare Zeit wird substantielle Rüstungskontrolle und Abrüstung verunmöglicht.

II. Der Deutsche Bundestag fordert aus diesen Gründen die Bundesregierung auf,

1. sich an diesem geplanten „Krieg der Sterne“-Programm der USA in keiner Form zu beteiligen,
2. für ein Verbot von weltraumgestützten Raketenabwehrsystemen, Anti-Satellitenwaffen und Navigationssatelliten zur direkten und zielgenauen Lenkung von waffentragenden Flugkörpern (NAVSTAR) einzutreten.

3. die finanzielle Beteiligung an dem NATO-Projekt NAVSTAR unverzüglich zurückzuziehen,
4. alle staatlich finanzierten militärischen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in der Bundesrepublik Deutschland einzustellen, die in einem „Krieg der Sterne“-Programm Verwendung finden könnten,
5. für eine blockübergreifende Satelliten-Überwachungsbehörde zur ausschließlichen Verifizierung von Rüstungskontroll-Abkommen einzutreten und diesbezügliche Verhandlungen mit den in den in der „European Space Agency“ (ESA) und dem Interkosmosrat vertretenen Ländern aufzunehmen.

Der geplante Deutsch-Französische Aufklärungssatellit ist dieser Satellitenüberwachungsbehörde zu unterstellen.

Bonn, den 23. Mai 1985

Borgmann

Lange

Dr. Schierholz

Vogt (Kaiserslautern)

Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion